56. Jahrgang. № 174.

Mittwoch, 26. Juni 1912.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

A. F. Kegler & Co., Papierhandlung, Rosmaringasse 3, nahe Schlossstrasse. Grosse Auswahl in Füllfederhaltern bewährter Systeme, sowie Goldfedern für jede Hand passend. Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billigst. Gegründet 1828. • Fernsprecher 1562.

Elektrische Telephonanlagen
Ebeling & Croener
Bankstrasse 11.

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Kupfergel.
E. Böhme's rother Gartenschlauch.
Telephon I. 3844.
E. Böhme, Hofgummiwaarenfabrik Dresden-A.

Galerie E. Arnold
Schloss-Strasse 34.
Bracht-Schule.

Artikel zur Haut-, Haar-, Zahn- und Nagelpflege empfiehlt **Carl Wendschuch's Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Südwestwinde, warm, kein erheblicher Niederschlag.

Die Telephonverbindung Berlin—Stockholm ist der Vollendung nahe.

Sir Laurens Alma Tadema, der berühmte englische Maler, ist in Wiesbaden gestorben.

In der italienischen Kammer kam es vor der Vertagung zu einer großen patriotischen Kundgebung.

In Baltimore wurde der Nationalkonvent der demokratischen Partei eröffnet.

Während der Truppenrevolte in Mulden sind die beiden dortigen Banken von Soldaten um 600 000 Rubel Silber beraubt worden.

„Ministerprogramme."

Unter dieser Ueberschrift bringt die offiziöse „Leipziger Ztg." an hervorraggender Stelle einen Artikel, der folgendermaßen lautet:

„In seiner letzten ordentlichen Generalversammlung hat sich der Konservative Verein zu Dresden auf Grund eines Vortrags des Abgeordneten Dr. Böhme mit der Tätigkeit des Landtages beschäftigt. Die Mitteilungen, welche hierüber der Presse zugegangen sind, sind nicht ausführlich genug, um die Stellung des Vortragenden und der konservativen Partei zu den einzelnen Regierungsvorlagen entnehmen zu können. Vielleicht war es allzu große Bescheidenheit, welche den Referenten über das Gemeindesteuergesetz abgehalten hat, die gediegene Arbeit, welche die Gesetzgebungskommission bei diesem wichtigen Gesetzentwurf geleistet hat, ins richtige Licht zu stellen. Nach den Mitteilungen der Presse scheint der Herr Vortragende dem Bedürfnisse seiner Zuhörer entsprechend seinen Bericht mehr auf parteipolitische Gesichtspunkte zugeschnitten zu haben. Darauf lassen wenigstens die Sätze schließen, welche sich mit der Persönlichkeit der Minister beschäftigen. Wir haben keinen Anlaß zu erörtern, ob die von dem Abgeordneten Dr. Böhme gegebene Charakterisierung der leitenden Persönlichkeiten richtig ist; nicht nur deswegen, weil uns derartige Nekrologe noch etwas verfrüht erscheinen, sondern auch, weil jede auf das persönliche Gebiet eingreifende Kritik je nach der Persönlichkeit, von der sie ausgeht, subjektiv gefärbt ist und je nach der Persönlichkeit des Lesers als richtig oder unrichtig empfunden werden wird. Darin liegt zugleich ihr Reiz und ihr problematischer Wert. Nur mit einer Forderung des Abgeordneten Dr. Böhme möchten wir uns beschäftigen. Das ist die Forderung, daß die Regierung vor jeder Tagung ihre Stellung zur Gesamtpolitik programmatisch bekannt gebe. So verständlich es uns ist, daß gerade dieser Satz von einer liberalen Zeitung gebilligt worden ist, so merkwürdig mutet er uns in einer konservativen Versammlung an. Ministerprogramme sind ein Wesenszug des Parlamentarismus. In einem parlamentarisch regierten Staate gibt es kein Ministerium ohne Programm, keine parlamentarische Mehrheit ohne Programm. Die verschiedenen Fraktionen mögen in ihren Forderungen noch so sehr auseinandergehen, haben sie sich einmal durch das Schlagwort eines neuen Programms gewinnen lassen, so ist eine neue Mehrheit da und so erscheint auch alsbald ein neues Ministerium auf der Bildfläche, freilich um alsbald wieder zu verschwinden, sobald sich herausstellt, daß sich unter manchen volltönenden Schlagworten des Programms jedes Mitglied der Mehrheit etwas anders gedacht hat. So bilden Ministerprogramme das unentbehrliche Handwerkszeug parlamentarischer Staatskunst. Die Minister aber leben von der Gnade ihrer Mehrheit oder richtiger von der Zugkraft ihrer Programme und der taktischen Geschicklichkeit, diese Zugkraft durch die nötige Elastizität zu erhalten und gegen allzu große Anspannung zu schützen.

Im monarchischen Staate werden Ministerprogramme niemals zu solcher Bedeutung gelangen. Zwar zeigt sich auch hier die Notwendigkeit, bei bestimmten Anlässen das kundzutun, was der Regierung im Interesse des Staates für nötig dünkt. Wir erinnern an die Kaiserliche Botschaft über die Notwendigkeit sozialer Reformen. Auch jede Thronrede enthält mehr oder weniger ein Programm. Darin unterscheidet sich aber das Programm eines Ministers im monarchischen Staate von dem Programm eines Ministers im parlamentarischen, daß das letztere immer auf die politischen Parteien und deren Wünsche zugeschnitten ist. Es enthält immer ein Werben um die Gunst der Parteien. Der Minister, der das Vertrauen seines Königs besitzt, hat diese Mittel nicht notwendig. Sein Programm wendet sich an alle auf nationalem Boden stehende Parteien. Niemanden zu Lieb und niemanden zu Leid!"

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Aeußerungen des offiziösen Blattes als eine direkte Antwort der Regierung auf die Aeußerungen und Wünsche des Landtagsabgeordneten Dr. Böhme in seinem Vortrage über die Tätigkeit des letzten Landtages in der erwähnten Generalversammlung des Konservativen Vereins zu Dresden aufzufassen sind. Dabei ist nicht zu verkennen, daß die Antwort der Regierung sich dem Tone, in welchem Herr Dr. Böhme die Regierung kritisierte, angepaßt hat. Herr Landtagsabgeordneter Dr. Böhme ist einer der überzeugtesten Parlamentarier von konservativen Grundsätzen. Aber es war ohne große Prophetengabe vorauszusehen, daß mehrfache Aeußerungen in seinem erwähnten Vortrage auf den verschiedensten Seiten Gelegenheit geben würden, die Auffassungen seiner Partei zu kritisieren. Der stärkste Anlaß hierzu mußte die von dem Redner ausgesprochene Forderung sein, daß die Regierung vor jeder Landtagstagung ihre Stellung zur Gesamtpolitik programmatisch bekanntgeben möchte. Dieses Verlangen ist wohl dem Wunsche des Redners entsprungen, die Regierung möchte sich in unumwunden programmatischer Weise zu konservativen Grundsätzen erneut bekennen, um damit den von liberaler und demokratischer Seite geflissentlich genährten Hoffnungen entgegenzutreten, als ob die sächsische Regierung geneigt sei, unberechtigten liberalen Wünschen Rechnung zu tragen. Von seinem Parteistandpunkt aus ist dieser Wunsch des Herrn Dr. Böhme voll und ganz begreiflich und viele nationale Politiker werden ihm hierin auch beistimmen. Indem Dr. Böhme diese Forderung aber aufstellte, übersah er, daß er einer Forderung des extremen Parlamentarismus, der von liberaler und demokratischer Seite vertreten wird, das Wort redete. In diesem Sinne sind seine Aeußerungen von anderen Seiten auch sogleich aufgegriffen worden. Im übrigen hat — zwar nicht Herr Minister Dr. von Otto als Vorsitzender des Gesamtministeriums, wie Herr Dr. Böhme wünschte — wohl aber Minister Graf Vitzthum bei früheren Gelegenheiten Anlaß genommen, sich in einer Weise zu äußern, daß über die grundsätzliche Auffassung der politischen Verhältnisse seitens der Regierung in Sachsen kaum ein Zweifel bestehen kann. Es sei hier nur an die Rede des Ministers Grafen Vitzthum in der Sitzung der Zweiten Ständekammer am 1. Dezember 1909 erinnert, in der er wörtlich sagte:

„Ich meine, ein Beamter, der täglich zu beobachten Gelegenheit hat, wie die Sozialdemokratie die Fundamente unserer Staatsordnung zu untergraben sucht, der wird auch dann, wenn er, wie ich, aller kleinlichen Nadelstichpolitik abgeneigt ist, doch von der Notwendigkeit überzeugt sein, die Staatsautorität unbedingt und mit aller Energie zu bewahren, und in dieser Ueberzeugung begegnet er sich, glaube ich, mit der rechten Seite dieses Hauses. Ja, ich gebe vollkommen zu, daß die Liberalen auch für die Wahrung der Staatsautorität sind; das habe ich nie bestritten; aber es handelt sich in diesem Falle um das Maß, und ich muß sagen, daß die Liberalen in der Theorie die Staatsautorität betonen und gewahrt wissen wollen, daß sie aber doch in der Praxis eine liberale Handhabung dieser Autorität fordern, daß die rechte Seite dieses Hauses eine größere Entschiedenheit zeigt. Also, meine Herren, das ist eine Frage, eine Frage des Gefühls, wieweit man gehen muß. Ich sage nur, der junge Verwaltungsbeamte, der mitten drin steht in diesen Kämpfen, der in der vordersten Schlachtlinie steht, der empfindet vor allem das Bedürfnis nach einer Stärkung der Staatsautorität, und infolgedessen wird dieser junge Verwaltungsbeamte gern geneigt sein, denjenigen Parteien sein Vertrauen zu schenken, die unbedingt an einer energischen Vertretung der Staatsautorität festhalten. Der Verwaltungsbeamte ist berufen, täglich die verschiedenartigen Interessen der verschiedenen Berufskreise auszugleichen. Er wird daher dazu geführt, konkret zu denken und konkret zu arbeiten, sich mit konkreten Fragen zu beschäftigen. Auch in dieser Neigung begegnet er sich mit den Konservativen. Ich spreche damit einen allgemeinen Gesichtspunkt aus. Sie können mich darin widerlegen, aber ich glaube, es ist richtig, daß die konservative und die liberale Denkungsweise sich darin unterscheidet, daß die konservative Richtung vom Konkreten ausgeht, die liberale vom Abstrakten, die konservative ist induktiv, die liberale deduktiv. Meine Herren, ich habe nur versucht, Ihnen zu erklären, warum der junge Verwaltungsbeamte aus eigenem Antriebe, ohne von seiner vorgesetzten Behörde dazu veranlaßt zu sein, bei seiner praktischen Tätigkeit der konservativen Partei vielleicht etwas näher steht. Ich lasse vollkommen dahingestellt, ob der wünschenswerte Ausgleich der verschiedenartigen Interessen der Berufsgruppen auf konservativem oder liberalem Wege herbeigeführt wird. Ich habe mich offen für ein gleichzeitiges Zusammenarbeiten von Konservativen und Liberalen bekannt. Ich verlange von den mir unterstellten Beamten, wie ich hiermit versichere, kein Parteibekenntnis, sondern nur Treue, Pflichterfüllung und Unbestechlichkeit des Charakters und jene Unabhängigkeit, die sich nicht fürchtet vor der Kritik wechselnder Tagesströmungen und nicht ausgeht auf den Beifall der Menge."

Wenn in der jetzigen Aeußerung der „Leipz. Ztg." gesagt wird, daß die Regierung auch in monarchischen Staaten zuweilen programmatische Erklärungen abgebe, so sind zweifellos die vorstehenden Ausführungen des Ministers Grafen Vitzthum vom Jahre 1909 als eine solche aufzufassen, und es wird der Regierung trotz verschiedener Meinungen, die in den letzten Jahren in einzelnen Fragen zwischen ihr und der konservativen Partei hervorgetreten sind, kaum nachgewiesen werden können, daß sie ihre Gesamtauffassung seit jener Zeit geändert habe.

Drahtmeldungen

von: 25. Juni.

Die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren.

Köln. (Priv.-Tel.) Ueber die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren erfährt der Petersburger Korrespondent der „Köln. Ztg.": Die Besprechungen zwischen dem Monarchen und den verantwortlichen Ministern beiderseits dürften die Klärung solcher Fragen der hohen Politik anstreben, die seit der letzten Aussprache in Potsdam aufgerollt wurden. Dem Korrespondenten wird aus dem Munde eines der wichtigsten Unterhändler von Potsdam bestätigt, daß die Behauptung französischer Preßmeldungen, die der Entrevue jede politische Bedeutung absprechen wollen, ebenso unrichtig ist, als wenn man anderseits übertriebene Erwartungen daran knüpfen wollte. Für Rußland müßte als Grundlage der russischen Politik das Bündnis mit Frankreich erscheinen. In der Balkanfrage, die sicherlich besprochen werde, habe Frankreich bisher einen heilsamen bremsenden Einfluß ausgeübt auf die Heißsporne, die Rußland gern zur aktiven Ausnützung der kritischen Lage der Türkei drängen möchten. Ob indessen dieser Einfluß Frankreichs immer vorhalten wird, ist eine Doktorfrage, auf deren Lösung es eine vorausschauende Politik nicht ankommen lassen kann.

Die Fahrten der Kaiser-Flottille.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die Fahrten der Kaiser-Flottille nach Rußland und Norwegen gelten folgende Bestimmungen: Die „Hohenzollern" verläßt am nächsten Freitag ohne den Kaiser Kiel. Der Monarch fährt mit seinem „Meteor" nach Travemünde und tritt von dort die Fahrt nach Danzig an Bord der „Hohenzollern" an. Voraussichtlich geht am 7. Juli von Danzig aus die Reise nach den finnischen Schären. Nach der Rückkehr von Rußland wird Swinemünde angelaufen, wo sich die Gäste des Kaisers für die Nordlandreise einschiffen. Am 8. August trifft der Kaiser wieder in der Heimat ein. Außer dem Schnellboot „Sleipner" begleitet der neue und schnellste Turbinenkreuzer „Breslau" die „Hohenzollern".

Allgemeiner deutscher Kunstgewerbetag.

München. (Priv.-Tel.) Zur Eröffnung des Allgemeinen Deutschen Kunstgewerbetages, die heute vormittag durch den Vorsitzenden Geh. Regierungsrat Dr. Muthesius-Berlin im großen Saale der Bayrischen Gewerbeschau stattfand, waren zahlreiche Teilnehmer aus allen Teilen des Reiches, Vertreter der Staatsbehörden, Stadtverwaltungen und Vereine erschienen. Geh. Regierungsrat Dr. Muthesius erinnerte daran, daß vor 29 Jahren in München der Verband Deutscher Kunstgewerbevereine zur Vertretung des kunstgewerblichen Gedankens in Deutschland gegründet worden sei. Der erste Deutsche Kunstgewerbetag fand 1906 anläßlich der Ausstellung in Dresden statt, die die erste vollständige Ausstellung einer zeitgemäßen Kunst repräsentierte, die zu einer einheitlichen Form durchgereift war. Hier in München sind wir schon einen Schritt weiter gekommen. Wir sehen in der Bayrischen Gewerbeschau die Verzweigung der künstlerischen Betätigung auf allen Gebieten des Lebens. In der großen kunstgewerblichen Bewegung, die in England geboren wurde und später auch in Deutschland ihren Nachhall fand, ist Deutschland heute die Zentrale geworden. Mit Stolz können wir feststellen, daß wir maßgebenden Einfluß gewonnen haben. Wir marschieren an der Spitze der künstlerischen Bewegung der ganzen Welt. (Lebhafter Beifall.) Es steht uns nun die Aufgabe zu, diese Stellung zu konsolidieren und zu vervollkommnen, vor allem die handelspolitischen und wirtschaftlichen Konsequenzen aus dem zu ziehen, was wir bisher künstlerisch geschaffen haben, damit auch die Nation wirtschaftlichen Nutzen aus unserer ernsten Arbeit hat. Die sechs Jahre seit dem letzten Kunstgewerbetag sind nicht nur Jahre ernster Arbeit gewesen, sondern auch tiefeingreifender Kämpfe. Es handelte sich vor sechs Jahren um die Beantwortung der damals für sehr wichtig gehaltenen Frage, ob wir der Zeit eine neue Ausdrucksweise der Kunst einräumen wollen. Wenn diese Frage auch etwas zu schroff formuliert war, so mußte sie doch rundweg mit Ja beantwortet werden. Es ist uns gelungen, unserer Zeit neue Ausdrucksformen zu geben. Das haben unsere Gegner auch allmählich anerkannt, indem sie in der Stille mitgetan haben. Sie haben das